

Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei W. H. Schmitt, Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postfach 1000 Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 125.

Anzeigenpreise: Die 7 mm breite Seite in 1 mm Höhe im ersten Band der ersten 7 Spalten, Familienanzeigen u. Stellenanzeigen 12 Spalten, die 7 mm breite Seite in 1 mm Höhe 25 Spalten. Für die Aufnahme von Anzeigen an besonderen Tagen und Plätzen wird eine besondere Vereinbarung getroffen. — Bei ungewöhnlicher Verbreitung der Einzahlungsgebühren durch Krieg oder in sonstigen Fällen wird der jeweilige Rabatt bestimmt. — Annahmefristen von Anzeigen: Abends 4 Uhr für größere nachmittags 4 Uhr.

Nr. 210.

Donnerstag, den 27. November 1924.

96. Jahrgang.

Die Wahlvorschläge für den 7. Dezember

TU. Berlin, 26. Nov. Die Prüfung der Reichswahlvorschläge für die Landtags- und für die Reichstagswahl fand am Montag statt. Es wurden die

Reichstagswahlvorschläge

in folgender Reihenfolge und mit folgenden Nummern festgelegt:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
2. Deutschnationale Volkspartei.
3. Zentrum.
4. Kommunistische Partei.
5. Deutsche Volkspartei.
6. Nationalsozialistische Freiheitspartei.
7. Deutsche Demokratische Partei.
8. Bayerische Volkspartei.
9. Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes.
10. Landbund.
11. Deutsche-Länderpartei.
12. (bleibt unbesetzt, weil der Bayerische Bauernbund keine eigene Reichsliste eingereicht hat).
13. Bauernbund.
14. Unabhängige Sozialdemokratische Partei.
15. Starbünd.
16. Fraktionslose Partei.
17. Deutsche Aufwertung- und Aufbauarbeit.
18. Freiwirtschaftsbund.
19. Deutschnationale Partei und Reichsbund für Aufwertung.
20. Christlich-Soziale Volksgemeinschaft für Deutschland.
21. Nationale Minderheiten.
22. Christlich-Sozialer Reichsbund.
23. Aufwertung- und Wiederaufbauarbeit.
24. Arbeiterpartei Deutschlands.
25. Partei für Volkswohlfahrt (Wirtschaft und Völkerecht).

Für die

Landtagswahl.

wurden folgende Wahlvorschläge in folgender Reihenfolge und Nummerierung festgelegt:

1. Sozialdemokratische Partei.
2. Deutschnationale Volkspartei.
3. Zentrum.
4. Liste der Kommunisten.
5. Deutsche Volkspartei.
6. Nationalsozialistische Freiheitspartei.
7. Deutsche Demokratische Partei.
8. a) Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes. b) Bauernbund schaffender Berufe.
9. Unabhängige Sozialdemokratische Partei.
10. Bauernpartei.
11. Wirtschaftspartei und Reichsbund für Aufwertung.
12. Mafurische Vereinigung.
13. Partei für Volkswohlfahrt.

Zurückgewiesen wurden die Wahlvorschläge der Partei für Aufwertung und Wiederaufbau und der Wahlvorschlag der Mafurischen Vereinigung.

Weitere Milderungen im Personal-Abbau.

Eine Anordnung des Reichskabinetts.

W. Berlin, 26. Nov. Infolge der Auflösung des Reichstages ist der Entwurf des Gesetzes über die zweite Milderung der Personalabbau-Verordnung nicht mehr herabschiebbar. Die Reichsregierung prüft deshalb auf Anordnung des Reichsfinanzministeriums die Frage, ob die geplanten Verbesserungen der Personalabbau-Verordnung etwa im Wege der Verwaltungsanweisung durchführbar seien. Zu den einzelnen wichtigen Punkten wie Artikel 10 (Kürzung von Versorgungsbezügen bei Pensionierung), Artikel 14 Abs. 3 (Kürzung für entlassene verbeiratete weibliche Beamte), Artikel 16 (Versorgungsbezüge) und die gesetzliche Regelung der Bezüge wiederbeschäftigter Beamtenempfänger liegt sich eine solche Regelung wegen des zwingenden Charakters der geltenden Gesetzesbestimmungen nicht ermöglichen. Dagegen können andere, wesentliche Punkte, schon jetzt herabgesetzt werden.

Die Reichsregierung bestimmte infolgedessen im Verwaltungswege, daß der Grundgedanke Artikel 13 der Personalabbau-Verordnung (Versetzung von Beamten in den einseitigen Ruhestand) vom 1. 1. 1925 ab nicht mehr allgemein, sondern nur noch in Reichsverwaltungen anzuwenden ist, in denen auf Grund des ausdrücklichen Beschlusses der Reichsregierung ein weiterer Personalabbau wegen besonderer Gründe ausnahmsweise noch als erforderlich erachtet wird. Darüber hinaus ist auf Grund der Beamtenbeschäftigung, in der dem neuen Reichstag vorzulegenden Personalabbau-Novelle eine Gesetzesvorschrift zu treffen, wonach mit dem Inkrafttreten der Novelle Artikel 3 der Personalabbau-Verordnung nur noch in solchen Reichsverwaltungen anzuwenden ist, die durch besonderes Gesetz zu Abbaumaßnahmen erklärt sind. Die hierüber schwebenden Erwägungen werden in Kürze zum Abschluß gelangen. In diesem Zusammenhang werden auch die Abbaumaßnahmen für Angestellte eine entsprechende Änderung erfahren. Die Reichsregierung ordnete ferner an, daß schwerbeschädigte Beamte und Angestellte wegen verminderter Leistungsfähigkeit, die auf ihrer Beschädigung beruht, nicht mehr abgebaut werden dürfen, daß besonders geschädigte Angestellte (z. B. Schwerbeschädigte und Versorgungsberechtigte) zunächst nicht mehr entlassen werden sollen, daß Kündigungen von verbeirateten weiblichen Beamten und von Angehörigen künftig darauf zu beruhen sollen, daß

Der ägyptische Protest ad acta.

Den Mitgliedern des Völkerbundes zur „Information“ überreicht.

Das Schicksal des ägyptischen Hilferufes.

TU. Genf, 26. Nov. Die heute in Genf eingelaufene Note des ägyptischen Parlaments wird vom Völkerbundsekretariat den Mitgliedern des Bundes zur „Information“ überreicht werden. Da die Note nicht von der neuen ägyptischen Regierung, sondern vom Parlament abgesandt worden ist, wird sie nach dem Völkerbundspakt nicht als „offizielle Note“ angesehen werden. Auch eine evtl. Note der ägyptischen Regierung würde nur dann dem Völkerbundsrat unterbreitet werden, wenn sie von einer dritten im Völkerbundsrat vertretenen Macht offiziell beim Völkerbundsekretariat überreicht würde.

Das Telegramm an den Völkerbund.

W. Genf, 26. Nov. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht den Wortlaut des Telegramms, das der Präsident der ägyptischen Deputiertenkammer an den Generalsekretär des Völkerbundes und an die Parlamente der Welt richtete. Darin heißt es u. a.:

Nach habe ich die Ehre, Ihnen nachstehenden Protest zu übermitteln, den die ägyptische Kammer einstimmig in ihrer Sitzung vom 24. 11. an den Völkerbund und an alle Parlamente der Welt zu richten beschloß:

Angesichts der kaiserlichen Eingriffe, die die britische Regierung gegen die Rechte der ägyptischen Nation unternommen hat, verurteilt die Kammer folgendes: Sie hält fest an der vollen Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudan, die ein unteilbares einheitliches Ganzes bilden. Sie bedauert auf das Lebhafteste, daß trotz der formellen Anerkennung der Nation des anlässlich gegen Sie begangenen Verbrechens und trotz der von der ägyptischen Regierung gebotenen Genugtuung die britische Regierung es für notwendig hielt, diesen traurigen Zwischenfall im Interesse ihrer imperialistischen Ziele auszunutzen. Von den Worten zur Tat übergehend, hat die britische Regierung ihre Drohungen zur Ausführung gebracht und außerdem die Poststellen von Alexandria besetzt, wobei sie erklärte, daß dieses Vorgehen nur der erste zu erregender Schritt sei. Diese Angriffe bilden eine Einmischung in die Angelegenheiten Ägyptens, eine Verletzung seiner Verfassung und eine Drohung für das landwirtschaftliche Leben. Sie stehen in keiner Beziehung zu dem Verbrechen und sind beifolgend in der Geschichte. Aus diesen Gründen proklamiert die ägyptische Regierung ihren nachdrücklichen Protest gegen derartige ungerechte Akte, die vom Reichstagspunkt aus und wichtig sind. Sie richtet an alle Parlamente der Welt ihren Protest gegen die willkürliche Behandlung der unschuldigen Nation, die auf das tiefste in ihren Rechten auf Leben und Freiheit verletzt ist und nichts anderes als ihre Unabhängigkeit verlangt.

Verhandlungen zwischen England und dem ägyptischen Kabinett.

W. London, 26. Nov. Die „Times“ aus Kairo meldet, wird zwischen dem neuen ägyptischen Kabinett

und dem Vertreter Englands eifrig über die Möglichkeiten verhandelt, über den toten Punkt hinwegzukommen. Man hofft zuverlässlich, daß sehr bald ein Ausweg gefunden wird. Nach einer hier eingetroffenen Meldung hat am 24. Nov. ein ägyptisches Parlamentarier Omdurman geräumt. Es ist auf dem Wege nach Port Sudan. Neville Henderson ist zum Ratgeber Allenbys ernannt worden und hat den Titel eines bevollmächtigten Ministers erhalten. Henderson war früher Geschäftsträger in Konstantinopel.

Besprechungen im britischen Auswärtigen Amt.

TU. London, 26. Nov. Während das Parlament in Kairo auf 30 Tage vertagt wurde, um dem neuen Ministerium Gelegenheit zu geben, ungeführt mit der englischen Regierung zu verhandeln, fanden im Londoner Auswärtigen Amt Besprechungen zwischen Chamberlain, dem Ersten Seelord, sowie dem Chef des Generalstabes statt. Es wurden die Maßnahmen besprochen, die ergriffen werden sollen, falls Ägypten die Forderungen Englands nicht annimmt. Später konferierte noch der Kriegsminister mit Chamberlain.

TU. London, 25. Nov. In englischen politischen Kreisen wird allgemein angenommen, daß das neue Kabinett Zivar Pascha eine Entspannung der Lage in Ägypten ermöglichen wird. Es ist von Bedeutung, daß im Kabinett außer Mohammedanern auch Christen und Juden vertreten sind. Sämtliche Kabinettsmitglieder gehören einer gemäßigten Richtung an und haben sich einen guten Ruf in außenpolitischen Kreisen erworben.

Besetzung der Postämter in Alexandria durch britische Seestreitkräfte.

W. London, 25. Nov. Die Postgebäude in Alexandria sind gestern von britischen Marine-Spreitkräften besetzt worden, nachdem Jagat Pascha die Forderungen von Lord Allenby bezüglich des Schutzes der Interessen der Fremden in Ägypten trotz der Warnung von Allenby, er würde, wenn Jagat auf seine Forderungen nicht eingehe, eine entsprechende Aktion unternehmen, zurückgewiesen hat. Die Postämter werden für den Verkehr geöffnet bleiben.

Äußerungen Zivar Paschas.

W. Paris, 26. Nov. Der ägyptische Ministerpräsident Zivar Pascha erklärte dem Berichterstatter des „Petit Parisien“: Wir hoffen, daß dank der Klugheit der ägyptischen Nation und der Mitarbeit des Königs Fuad, der immer ein Hüter der Verfassung war, wir die Situation ausgleichen und, wie ich schon zu Jagat Pascha sagte, retten, was noch zu retten ist, und die Geister beruhigen können. Wir haben durch die letzten Ereignisse viel verloren. Wir hoffen, uns mit den Engländern über das Regime der Gewässer zu einigen und vertrauen auf Ihre Hilfe. Die Fremdenkolonien brauchen kein Furcht zu haben, sie werden ständig geschützt werden. Die Regierung ist entschlossen, im ganzen Lande die Ordnung aufrecht zu erhalten. Dies ist für Ägypten die erste und wichtigste Frage. Zivar Pascha erklärte, er bestreite nicht die Popularität wie Jagat, er lache sie aber auch nicht, er tue seine Pflicht, ohne sich mit Manifestationen zu beschäftigen.

heute vormittag von dem Ergebnis der Befolungsaktion Stellung und sagte eine Entscheidung, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß die Spinnenorganisationen sich mit dem Ergebnis nicht zufriedengeben und nach dem Zusammenritt des neuen Reichstages eine Aktion erneut aufnehmen werden.

Keine allgemeine Stundung der Umsatzsteuer.

Eine Entscheidung des Reichsfinanzministeriums.

Berlin, 26. Nov. Wie der amtliche preussische Pressedienst meldet, hat der Reichsminister der Finanzen zur Frage der Stundung der Umsatzsteuer für die eine wichtige Entscheidung getroffen, in der es heißt: „Zu meinem Bedauern ist es nicht möglich, Stundungsbegehren hinsichtlich der Umsatzsteuer allgemein über den Rahmen der bisherigen Übung hinaus stattzugeben. Stundung von Umsatzsteuer muß vielmehr grundsätzlich abgelehnt werden. Es liegt im Wesen der Umsatzsteuer als einem Teil der speziellen Geschäftskosten eines Unternehmens, daß sie für die vereinnahmten oder im Falle der Versteuerung nach Lieferung für die vereinbarten Entgelte ohne Rücksicht darauf geschuldet wird, ob die Umsätze gewinnbringend waren oder ein Unternehmen mit Verlust arbeitet. Stundung der Umsatzsteuer kann nur dann in Frage kommen, wenn im einzelnen Falle ein Steuerpflichtiger durch außergewöhnliche oder andere als die allgemeinen, für alle Steuerpflichtigen mehr oder weniger gleichmäßig fühlbaren ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in eine derartige Lage geraten ist, daß die sofortige Zahlung der Umsatzsteuer in voller Höhe die Weiterführung des Betriebes gefährden würde.“

Falsche Wahlparolen!

Von Hermann Klinghorst-Siegen.

Für den Wahlgang am 7. Dezember sind eine Reihe von Wahlparolen ausgegeben worden, die geeignet sind, das klare Urteil der Wähler im Lande zu verwirren. Eine Reihe von Einzelgruppen sind neben den bisherigen politischen Parteien aufgetreten und rufen Teilforderungen bestimmter Berufs-, Ständes- und Wirtschaftskreise in den Vordergrund. Diese Teilforderungen werden mit größter Leidenschaftlichkeit verfolgt und ihnen gegenüber tritt leider dann die große entscheidende Frage nach dem Sinn der Wahl am 7. Dezember zurück.

Die Demokratie hat die Frage nach der Schuld der Reichstagsauflösung in den Vordergrund gerückt. Sie sucht diese Schuld der Deutschen Volkspartei aufzuschreiben. Das bedeutet eine klare Umkehrung der geschichtlichen Wahrheit. Denn der Führer der Deutsch-Demokratischen Partei, Herr Dr. Koch, hat unmittelbar nach der Reichstagsauflösung für die demokratische Fraktion den Ruhm in Anspruch genommen, den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung verhindert zu haben. Dies führte zwar zum Scheitern der Reichstagsauflösung. Daß es somit nicht Schuld der Deutschen Volkspartei, sondern der Deutsch-Demokratischen Partei ist, wenn der deutsche Wähler nach kurzer Zeit wiederum an die Wahlurne gerufen wird, beweisen ferner die mehrfachen Ausführungen des bisherigen, wegen dieser Vorgänge aus der Partei ausgestiegenen zweiten Vorkämpfers der Demokratischen Partei, des Herrn Professor Gerland.

Weiter bezeichnet sich die Demokratie in der jüngsten Zeit fälschlich als die Partei der Mitte. Nach ihrem Verhalten seit dem Mai d. J. und ihrer Einstellung im Wahlkampf schüler an Schulter mit der Sozialdemokratie wird es ihr nicht gelingen, das klare Urteil des Wählers darüber zu trüben, daß sie sich zu einer ausgesprochenen Linkspartei und zu einem kritiklosen und völlig unselbstständigen Anhängel der Reichssozialdemokratie entwickelt hat, wofür ihr der Massenaustritt zahlreicher führender Personen und ganzer Organisationen die gebührende Antwort aus der eigenen Wählerschaft gegeben hat.

Ebenso verwirrend wirkt die außenpolitische Parole, daß die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung die bevorstehende Räumung von Teilen des besetzten Gebietes verzögern oder gar ganz in Frage stellen können. Dem widerspricht das völlig entgegenstehende Urteil des dafür wohl besser zuständigen Außenministers Ullrich, aber ist es und nur der Demokratie blieb es vorbehalten, aus innenparteilichem Eifer eine Herabsetzung der Wirkung der derzeitigen Befreiungspolitik durch derartige im Ausland nicht unbeachtete gezielte Ausbreitung zu beabsichtigen.

Die Sozialdemokratie sieht in den Wahlkampf und sucht ihre Anhänger damit arglos zu machen, daß ein Sieg der nicht-sozialistischen Parteien die Lebensverteilung aus dem Laus-Gutachten zu Ungunsten der breiten Masse der Bevölkerung herbeiführen würde, daß die kommende Wirtschaftspolitik zum Brodtoucheur und zur Lebensverteilung für die breiten Konsumentenkreise führen würde. Sie vergißt dabei, daß der vor dem Kriege vielleicht vorhandene Interessengegensatz zwischen besitzenden und nicht-besitzenden Schichten infolge der Inflation nicht mehr vorhanden ist. Sie übersieht, daß es für die kommende Entwicklung nur ein Ziel gibt, durch eine höchstmögliche Hebung und damit Verbilligung der gesamten deutschen Gütererzeugung unsere Reparationsverpflichtungen abzutragen und gleichzeitig die Lebenshaltung der großen Konsumentenkreise zu verbilligen. Dazu wird aber nur eine Regierung imstande sein, die, gestützt auf eine sichere Mehrheit im Reichstag, nach den Grundbedürfnissen des deutschen Menschenverstandes und nicht nach sozialistischen Behauptungen eine verständliche und zielsichere Wirtschaftspolitik treibt.

Parteidemokratie und Sozialdemokratie, zusammengefaßt unter der verwirrenden Färbung des Reichsbanners schwarz-rot-gold, suchen aber noch auf einem anderen Gebiete um die Gunst der Wähler zu kämpfen. Sie geben vor, es ange bei der Wahl um die Staatsform, um die Entscheidung über Republik oder Monarchie. Dabei ist die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes sich darüber klar, daß eine Veränderung der Staatsform nur auf dem ordnungsgemäßen Wege, wozu bekanntlich Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist, durchgeführt werden kann. Sie übersieht somit abgesehen, daß es sich hier um eine Frage sekundärer Natur handelt, die augenblicklich jedenfalls noch nicht zur Entscheidung reif ist. Ebenso steht es mit der Behauptung, die Demokratie als solche, die Volksrechte seien gefährdet. Davon kann keine Rede sein. Denn auch in der nicht-sozialistischen Parteien denkt kein Mensch daran, dem deutschen Volke seine Staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen.

Gegenüber diesen, aus wahlpolitischen Gründen unterdrückten Versuchen, das deutsche Volk über die Fragestellung der Wahl am 7. Dezember nicht klar sehen zu lassen, ist es immer wieder von neuem, die richtige Wahlparole eindeutig herauszusprechen. Der 4. Mai hat gegenüber der Entwicklung der vorhergegangenen 5 1/2 Jahre, den Willen des Volkes beweist, daß es eine Mehrheit will von der bisherigen politischen Gesamtrichtung. Dieser Wille konnte infolge der aus dem demokratischen Lager erwachsenen Hemmungen für die Regierungsbildung sich noch nicht auswirken. Die im Reichsbanner schwarz-rot-gold vereinigten Kräfte verstanden diesen Willen des Volkes zu verfälschen. Das deutsche Volk wird sich das nicht gefallen lassen und diesen Kräften die gebührende Antwort erteilen. Es will nicht, daß das Rad der Entwicklung wieder rückwärts gedreht werde. Es muß deshalb aus der Wahl eine Mehrheit hervorgehen lassen, der klare Mehrheitsverhältnisse bringt, der aus sich eine Regierung erstehen läßt, die auf eine Reihe von Jahren ohne Krise, in Ruhe nach innen, mit Würde nach außen und mit gleichzeitiger Stetigkeit nationale Realpolitik und keine Flüchtlingspolitik treibt. Von einer derartigen Entscheidung werden in erster Linie die breiten Massen der Konsumenten ihren Vorteil ziehen. Deshalb ergeht der Ruf an alle, nicht beiseite zu stehen, sondern in vaterländischer Pflichterfüllung alle positiven, alle nationalen, alle aufbauwilligen und gesunden Kräfte in unserem Volke zusammenzuschließen unter den leuchtenden Farben Schwarz-Weiß-Rot zum Wohle des kommenden Geschlechts für ein glücklicheres, freieres und größeres Deutschland!

Eine Rede Stresemanns.

TU. Berlin, 26. Nov. In einer vollen parteiischen Wahlversammlung in Berlin-Spandau sprach am Mittwochabend Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Zur Außenpolitik erklärte der Minister: Mit Träumen einer Macht, die nicht da sei, könne eine Außenpolitik nicht leben. Wir wollen eine weltwirtschaftliche Verständigung. Das hätten die Deutschnationalen bisher leider nicht gewollt. Die Londoner Abmachungen waren der Versuch einer neuen weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Statt Verweisung habe wieder eine Stimmung der Hoffnung und der Zuversicht Platz gefunden. Von einer Rechtsentwicklung der Deutschen Volkspartei könne nicht die Rede sein. Schließlich habe doch nicht die Außenpolitik der Deutschnationalen in dem Kampfe gegen die Weltwirtschaftsgefahr gefehlt, sondern die Deutschnationale Volkspartei habe sich zu der Außenpolitik der Deutschen Volkspartei bekennen müssen. Der Minister verwies zum Schluss auf die Namen Cudener und Kappeler, die den Beweis für das nie zu zerstörende und niemals auf die Dauer zu hemmende Einheitsbewußtsein der Deutschen erbrachten. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Katholus entlassen.

w. Paris, 26. Nov. Savas verbreitet folgende offizielle Nachricht aus Lille: Auf Veranlassung des Kriegsministers hat der Präsident der Republik den vom Kriegsgericht zu Lille an einem Jahr Gefängnis verurteilten General Katholus begnadigt. Der General hat das Untersuchungsgefängnis heute vormittag verlassen.

Paris, 26. Nov. Nach einer Savasmeldung aus Lille ist Katholus nach Nordach abgereist.

Ein Verfahren beim Reichsgericht.

TU. Berlin, 26. Nov. Die offizielle Mitteilung von der Begnadigung des Generals von Katholus ist bei der Regierung telegraphisch eingetroffen. Wenn sich die Behauptung des „Matin“ bewahrheitet, daß die französische Regierung das Urteil des Liller Kriegsgerichts für objektiv haltlos, hängt es ganz von General Katholus ab, ob er das Revisionsverfahren beim Pariser Kassationshof weitergehen lassen will oder nicht.

Unabhängig davon ist gleich nach Bekanntwerden der Verurteilung des Generals und des Urteils aus dem Jahre 1921 auf Grund des Gesetzes vom 18. 12. 1919 beim Reichsgericht ein Verfahren gegen den General anhängig gemacht worden, zu dem bereits eine Reihe von

wichtigen Zeugen ermittelt worden sind. Es wird sich in dem Verfahren vor aller Welt ergeben, daß die Art des Generals und sein stetes korrektes Verhalten in Frankreich unantastbar ist.

Dr. Cudeners Empfang in Berlin.

Ein Frühstück beim Reichspräsidenten.

w. Berlin, 26. Nov. Zu Ehren des Führers des A. N. 3. Dr. Cudener, fand heute beim Reichspräsidenten ein Frühstück statt, woran außer Dr. Cudener u. a. die Reichsminister Gehrler, Luther, Stresemann, Hamm, Graf Kanitz, preussischer Staatsminister v. Richter, General Seck, württembergischer Gesandter Dr. Vöhrler, Krupp



Dr. Cudener und Kapitän Kappeler.

von Vöhrler und Kappeler, Professor Funder-Dessau, Schiffbauingenieur Klettner sowie eine Reihe führender Vertreter der Industrie, der Gewerkschaften, der Kinematographie, der Wissenschaft und der Presse teilnahmen.

Während der Tafel hielt der Reichspräsident eine Begrüßungssprache, in der er u. a. sagte: Es ist mir eine lebhaft Freude, Ihnen, Herr Dr. Cudener, und Ihren Mitarbeitern nach ihrer glücklichen und erfolgreich vollendeten Fahrt bei Ihrer Rückkehr in die Heimat den herzlichsten Willkommensgruß des Deutschen Reiches hier zu entbieten. In der Welt haben Sie deutsche Arbeit und deutsches Können erneut zu Ehren gebracht und unserem Lande neue Sympathien errungen. Ich bitte Sie, meine Herren, mit mir das Glas zu erheben auf den tüchtigen Kapitän Cudener, seine Kameraden, auf die Reiselieferanten und alle ihre Mitarbeiter.

Auf die Ansprache des Reichspräsidenten antwortete Dr. Cudener u. a. folgendes:

Tief bewegt nehme ich die überaus herrlichen Begrüßungsworte entgegen, die Sie, Herr Reichspräsident, an mich und meine Kameraden gerichtet haben. Ich erlaube mir ganz Deutschland so viel Beweise der Sympathie und Anerkennung, daß ich nicht weiß, ob sie im Einklang stehen mit der bescheidenen Leistung, die wir vollbracht haben. Ich habe mir in Amerika erzählen lassen, daß sich in den Vereinigten Staaten eine physikalische Stimmung herausgebildet hat, die sagte, daß die amerikanische Volksgemeinschaft zu einer Wiederannäherung an uns und nur nach einem Anlauf suchte, um diesem Gefühl Ausdruck zu geben. Das amerikanische Volk hat mit einer gewissen Begeisterung die von uns hingestreckte

Hand ergriffen und sich bereit erklärt, wieder auf Freund zu werden mit den Deutschen. Ich darf der Genugtuung über den uns unerbittlichen Erfolg Ausdruck geben, indem ich Sie bitte, mit mir das Glas zu erheben auf die guten Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke.

Vor sechs Jahren.

Das demokratische Subdiquationsprogramm an Wilson.

Die Deutsche demokratische Partei richtete am 27. November 1918 ein Subdiquationsprogramm an Wilson, in dem sie jede Gemeinschaft mit jenen deutschen Volksgenossen ablehnte, die an ein starkes Deutschland geglaubt hatten. In dem Programm heißt es wörtlich:

„Zu uns gehören diejenigen, die, soweit es bei der bedrückenden Zensur irgendwie möglich war, den Militarismus und die Gewalttätigkeit bekämpft haben, und es stehen uns alle fern, die als Mitatoren des Nationalismus und der Eroberungskriegs als Anführer des Unterseebootskriegs aufgetreten sind. Wir haben den aufrichtigen Wunsch, gemeinsam mit den Demokraten aller Länder das neue Menschheitsgebäude und den Völkerverbund auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu errichten, aber dieses Bestreben wird heute, wo die deutschen Wächter gestürzt sind, durch diejenigen unserer Gegner gestört, die niemals von Veröhnung etwas wissen wollten und den von uns immer bekämpften Abenteuern geistesverwandt sind.“

Zur näheren Illustration dieses Subdiquationsprogramms diene folgendes:

Am 22. März 1916 hatte der Demokrat von Bayern dem zurückgetretenen Staatssekretär von Tübingen öffentlich den Dank ausgesprochen „für seine Unermüdlichkeit und für sein Streben, die Ueberzeugung von der Bedeutung der Rote in weitere Volkskreise zu verbreiten“. Der Demokrat Daummann bezeichnete am 10. Oktober 1917 Wilson als den Hauptfeindlichen an der Verlängerung des Krieges, und der Demokrat Kischel erklärte im Hauptauschuß des Reichstages noch am 24. Januar 1918: „Eine elak-lohrinische Frage gibt es für uns nicht.“ Raum waren die deutschen Wächter gestürzt, da fanden die Demokraten ein Subdiquationsprogramm an Wilson, der ein halbes Jahr später seinen Namen aus dem ersten unter den Verfallenen Vertrag schied.

Kultusminister Dr. Voelz über „Drei Jahre preussische Kulturpolitik“.

TU. Gagen, 25. Nov. Heute abend sprach hier in einer öffentlichen Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei Kultusminister Dr. Voelz über das Thema: „Drei Jahre preussische Kulturpolitik“. Er führte aus, daß die Revolution zahlreiche Anregungen auf dem Gebiete der Schulreform gebracht hat, aber es habe sich in den meisten Fällen um Utopien gehandelt. Drauf hat es einig der Gedanken der Einheitschule. Der Redner gab einen historischen Überblick über das Problem. Es tauchte von 1848 immer wieder auf. Freilich wird die Einheitschule nicht heute oder morgen durchführbar sein, aber vielleicht in 10 oder 20 Jahren. Der Minister trat für die vierjährige Grundschule ein. Die Schließung der Mittelschulen oder der höheren Schulen an. Hierbei führte der Redner aus, er sei bemüht gewesen, die früheren Folgen des toten Strangs der Entwicklungsgang der Volksschullehrer. Durch die Seminarvorbildung waren ihnen andere Verweise, zu denen sie sich vielfach hingezogen fühlten, verschlossen. Jetzt beabsichtigen die künftigen Volksschullehrer die höhere Schule und machen dann noch eine zweijährige pädagogische Akademie durch, so daß sie mit 21 Jahren für den Beruf reif sind. Ein zweiter toter Strang war die Mäbenschulbildung. Entsprechend der männlichen Ausbildung wurde auch hier ein neunjähriger höherer Bildungsgang geschaffen.

Hierbei kam der Redner auf die nationale Erziehung zu sprechen. Er knüpfte an einen Auspruch Kaiser Wilhelm II., der einmal gesagt hat: „Bei uns ist der Fehler, daß wir unsere jungen Männer zu jungen Griechen oder jungen Römern erziehen, aber nicht die Jungen deutsch erziehen.“ Der Geist unserer Erziehung muß ein deutscher sein. Vor allem muß deutsche Kulturkunde in der Volksschule und höheren Schulen eine bedeutende Rolle spielen. Wichtig ist in dieser Hinsicht die Schulreform der deutschen Oberschule. In ihrem Lehrplan sollen vor allem die deutschen Altertümer, die deutschen Literaturdenkmäler und die deutsche Musik und bildende Kunst gepflegt werden. Ebenso ist ein besonderes Augenmerk auf die Religion zu richten.

Es soll nicht mehr Religionsunterricht als bisher eingeführt werden; aber dafür hat der gesamte Unterricht religiös zu sein.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unterzog der Minister den Geschichtsunterricht einer eingehenden Betrachtung. Auch er sei mehr als bisher zu pflegen. Nur auf Grund geschichtlicher Kenntnisse kann die Jugend zu staatsbürgerlichem Denken erzogen werden. Wir müssen aus den Fehlern der Geschichte lernen, um sie künftig zu vermeiden. Zum Schluss kam der Minister auf die Frage der Staatsform zu sprechen. Er bezeichnete sie als sekundär. Das wichtigste sei gegenwärtig das deutsche Empfinden. Das mußte vor allem der Jugend aneignen werden. Die Form des Staates wird diejenige werden, wie sie die Bürger und Bürgerinnen wollen.

5

Auf den Stimmzetteln für die Reichstags- und Landtagswahl steht der Wahlvorschlagn der Deutschen Volkspartei an 5. Stelle.

Rücktrittsgerüchte über Mussolini.

TU. Mailand, 26. Nov. Der sozialistische Anwalt verbreitet die Nachricht, daß Mussolini beabsichtige, im Frühjahr seine Demission einzureichen. Sein Nachfolger würde Orlando sein, der ein Kabinett bilden werde, das auch den Faschisten genehm sei. Diese Nachricht ist natürlich mit allem Vorbehalt aufzunehmen.

Zwischenfall in der französischen Kammer.

TU. Paris, 26. Nov. In der Kammer kam es gestern bei der Aussprache über die Intervention wegen der kommunistischen Rundgebung bei der Ueberführung der Leiche Jaurès zu hitzigen Auseinandersetzungen. Gerriot bestand darauf, daß die Aussprache über die Intervention unverzüglich eröffnet werde. Die Ausführungen des Interventionisten und die Antwort Gerriots gingen zum größten Teil in dem allgemeinen Lärm verloren. Die meisten Abgeordneten verließen sich durch Zwischenrufe und Unterbrechungen an der Debatte zu beteiligen. Gerriot wies die Angriffe der Redner als unbegründet zurück und erklärte, daß die Rundgebung keine Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe bedeute.

Vertrauensvotum für Gerriot.

TU. Paris, 26. Nov. In der gestrigen Kammerdebatte stellte die Regierung das Vertrauensvotum. Es wurde ihr mit 318:196 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Gerriot beteiligte sich an der Debatte und nahm für die Kommunisten das Recht in Anspruch, Umzüge und Rundgebungen zu veranstalten.

Schwere Verluste der Spanier in Marokko.

TU. London, 25. Nov. Zwischen Tetuan, Ceuta und Schenkungen wurden die Telegraphenlinien durch den Sturm gerissen, so daß keine vollständigen Berichte von den Geschehnissen der letzten Tage übermitteln werden konnten. Die Verwundung des Generals Berenger soll nicht ernst sein. Die Zahl der Toten und Verwundenen ist noch unbekannt. Einem offiziellen Kommuniqué zufolge sind die Verluste der Fremdenlegion und der einheimischen Truppen groß. — Weiter meldet, daß die spanische Wertschaft in London ein Dementi alle Gerüchte über Meutereien der Truppen in Madrid und in der Provinz erhalten habe.

Madrid, 26. Nov. Ein offizielles Kommuniqué aus Marokko berichtet, daß die Spanier die Garnison und die Stellung von Sidi Salem, sowie das Hochhaus von Balle geräumt haben.

Wählt Deutsche Volkspartei Liste 5: Für den Reichstag: Winnefeld, Klingendorff usw. Für den Landtag: Voelz, Meier (Herford) usw.

Wie man alt werden kann.

Der frühere Gesundheitskommissar von New York, Dr. Darlington, hat festgestellt, daß nur 4 Prozent der Bevölkerung New Yorks in hohem Alter sterben. Er hat diese Todesfälle genauer untersucht und ist dabei zu der Ueberzeugung gelangt, daß fast in keinem Falle „Altersschwäche“ die Todesursache war, sondern daß unvollständige Zuhilfenahme oder eigene Vernachlässigung die Schuld daran trugen.

Darlington ist der Ansicht, der Mensch könne sogar in der Stadt ein Alter von 120 Jahren erreichen. Die wichtigste Vorbereitung ist dabei möglichstste Vermehrung einer gesunden Lebensweise. Ein gesunder, hinreichend ernährter und kräftiger Körper sollte den Kampf mit den mitteillos kleinen Krankheitskeimen, den Bakterien, erfolgreich durchzuführen können. Die Abwehrstoffe im Blute tragen zu diesem Kampfe hilfreich bei. Gegen eine Ueberzahl wirksamer Krankheitskeime kann sich allerdings auch ein kräftiger Körper nicht behaupten. Darum muß zunächst das Eingreifen der Keime in den Körper verhindert werden. Darlington, der mit Recht auf die hohe Bedeutung des Mundes als Eintrittspforte für Krankheitskeime hinweist, gibt als ersten Rat: Nebenmal täglich die Zähne zu putzen und den Mund zu reinigen. Der Ginnas ebenso zu den Verdauungsorganen wie zu den Atemwegen wird so gereinigt und von Eindringlingen schädlicher Natur befreit. Gleich wichtig ist die optimale Reinigung der Hände, namentlich vor den Mahlzeiten und vor dem Bettgehen. Denn die Hände finden ohne unser Wissen sehr häufig den Weg zu Mund und Nase, helfen so, Krankheitskeime hinein zu bringen.

Es genügt aber nicht, den Mund nur zu spülen, sondern es muß auch reichlich Wasser getrunken werden. Der Körper verliert den ganzen Tag über unter Umständen ganz beträchtliche Mengen Wasser. Sie müssen reichlich ersetzt werden. Das Wasser hilft nach dem Uebertragen ins Blut den ganzen Körper gründlich durch und entfernt nach schädliche Stoffe aus dem Kreislauf. Während der Mahlzeiten soll man ruhige Wasser trinken. Es ist keine Rede davon, daß dadurch die Verdauungsvorgänge gestört werden. Der Mageninhalt wird

nicht, wie es vielfach heißt, durch den Wassergenuß beim Essen bis zur Unvollständigkeit verdünnt, sondern seine Verdauungsfähigkeit erfährt Anregung. Der Blutkreislauf erfährt einen erwünschten Antrieb. Allerdings darf es nicht das in Amerika so beliebte Eiswasser sein. Das wird nur zu leicht Ursache schwerer Veränderungen der Magenschleimhaut. Die Getränke, aus denen das Wasser getrunken wird, müssen sauber sein. Darlington schlägt vor, überhaupt nur eigene Gefäße zum Trinken zu benutzen oder Papierbecher, die nach dem Gebrauch vernichtet werden.

Zu viel Essen bedeutet ein Haupthindernis gegen langes Leben. Die meisten Menschen neigen dazu, zu viel zu essen. So steigern sie ihr Gewicht über das zuträgliche Maß hinaus. Im allgemeinen sterben mehr Leute zu früh an Uebersättigung als an Unterernährung. Die starke Zunahme des Körpergewichtes, die Steigerung des Körpergewichtes bringen für das Herz eine beträchtliche Mehrarbeit mit sich. Das Blut muß einen größeren Weg zurücklegen. Die Blutgefäße müssen länger werden, um den Ansprüchen des größeren Umfanges gerecht werden zu können. Die beschwerliche unter Umständen das für den Körper sein kann, zeigt sich an dem Wohlbehagen, das nach einer geeigneten Uebungsstunde und Stressentlastung bei einem überfetzten Manne sich einstellt.

Die Vermeidung allzu vielen und zu häufigen Essens ist also jedenfalls eine Vorbedingung für langes Leben. Hierbei gehört auch die Vermeidung anderer Erzfälle. Tabak wird bekanntlich sehr individuell vertragen oder nicht vertragen. In größeren Mengen ist er jedenfalls ebenso schädlich wie Alkohol.

Amerikanische Unruhe und Hast tragen in besonderem Maße dazu bei, das Leben zu verkürzen. Namentlich die Menschen müssen in Ruhe und Frieden eingenommen, nicht aber hastig hinuntergeschluckt werden.

Das Werner Siemens-Institut für Röntgenforschung.

Ein eigenartiges Denkmal ist jetzt Werner Siemens dem Begründer der Elektrotechnik in Berlin errichtet worden. Es ist kein Bild in Stein oder Erz, sondern eine Anstalt, die zugleich der Forschung und der ange-

wandten Wissenschaft dient, das Werner Siemens-Institut für Röntgenforschung, von dem G. Quaint in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ berichtet.

Die Anstalt ist aus dem Bedürfnis der Stadt Berlin, die Röntgenabteilung im Wobler Krankenhaus zu erweitern, und aus dem Wunsch der Firma Siemens u. Söhne, ihre Röntgenapparate praktisch zu erproben, entstanden. Da die Stadt zum Bau des Instituts nicht genügend Geld hatte, so vereinigte sie sich mit der Industriestiftung, um das Institut ins Leben zu rufen, das als Abteilung des Krankenhauses Wobler der Krankenhausverwaltung dient und zugleich unter Leitung eines selbständigen Röntgenologen die Forschung fördert. Die Stadt Berlin hat drei Baracken zur Verfügung gestellt, die von der Firma eingerichtet und mit den erforderlichen Röntgenapparaten sowie Hilfsanordnungen ausgestattet wurden.

Es ergab sich so von selbst eine Dreiteilung, indem die eine Baracke der Röntgenabteilung, die andere der Behandlung von Krankheiten mit Röntgenstrahlen und die dritte den besonderen Aufgaben des Studiums dienen. Die Röntgen-Therapie ist heute wohl das wichtigste Anwendungsgebiet der Röntgenstrahlen. Hier ist ein Hochleistungsapparat, der Stabilisator, aufgestellt, der vollkommen geräuschlos arbeitet und die Möglichkeit bietet, auf den Körper des Kranken in viel kürzerer Zeit einzuwirken, als es bei anderen Apparaten der Fall ist. Durch besondere Einrichtungen ist es möglich, den Kranken und die strahlengenerierende Röntgenröhre in die richtige Lage zueinander zu bringen, und Schutzvorrichtungen beseitigen die ungewünschten Wirkungen der Röntgenstrahlen, durch die früher Ärzte und Personal schwer geschädigt wurden.

In den Laboratorien entsprechen die Apparate, Meßinstrumente und Hilfsanordnungen allen Anforderungen, die man heute an ein wissenschaftliches Institut stellt. Auch für einen kleinen Vorrat und Verwaltungsräume ist gesorgt. Außerdem sind elektrische Anlagen geschaffen, die den Arbeiten anzureichen, so eine elektrische Höhenanlage, die für genaueste Zeitangaben sorgt, ein automatischer Fernsprecheverföhrer, der die verschiedenen Räume miteinander verbindet, und ein lausprechendes Telefon, durch das der im verunkelten Raum beobachtende Arzt der im hellen Nebenraum weilenden Röntgenfachweiser Anweisungen geben kann.

Gedankenplitter.

Von Dr. E. Baer-Oberdorf.

(Nachdruck verboten.)

Es ist ein Vorrecht der Reinen und mittelmäßigen Geister, das Leben zu meistern und in Mann und Dienstherr zu zwingen — die großen übermächtig das Leben und drängt sie hundertmal aus ihrer Bahn, von ihrem Ziel.

Wer im Uebermut Gott vergißt, den lehrt auch die Not nicht Gott kennen.

Wer Reichtum glücklich machen soll, der darf Armut nicht als Unglück betrachten.

Manch wertvolle Ehre und Sympathie verschertzen wir uns dadurch, daß wir uns nicht entschließen können, sie mit anderen zu teilen.

Den Ruf des Ehrenmannes verbannt mancher nur der Kunst, sein schlechtes Gewissen geschickt zu verbergen zu können.

Der vollkommene Ehrenmann fürchtet die Gefahr seiner Wärmenschen mehr als ihre Worte und Taten.

Die Untreue vieler Frauen beginnt mit Neugierde.

Wer einen Helfer braucht zu seiner Sache — schafft sich einen Feind mehr.

Man muß nur einen Freund haben auf Seiten seiner Gegner, und man hält alle seine Gegner in Schach.

Liebe, die keine Gelegenheit findet — das ist: Liebeslosigkeit.

Wer nicht in die Ferne schweift, wird das Glück der Nähe niemals kennen und schätzen lernen.

Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit!

Wahlzeitung der Deutschen Volkspartei.

Die Agrarpolitik der Deutschen Volkspartei.

Der Reichsausschuß für Landwirtschaft der Deutschen Volkspartei, dem die Abgeordneten und sonstige hervorragende Vertreter des landwirtschaftlichen Berufsstandes angehören, hat zur Agrarpolitik der Partei in folgender Entschließung Stellung genommen:

Die deutsche Landwirtschaft ist einer der Grundpfeiler des deutschen Volkstums und deutscher Wirtschaftskraft. Ihr Wohlergehen steht in engem Zusammenhang mit den Belangen aller Werte schaffenden Volksschichten. Eine auf die Zusammenfassung der nationalen und wirtschaftlichen Kräfte gerichtete Politik entspricht darum den Interessen der Landwirtschaft. Das ist volksparteiische Politik.

Seit ihrem Bestehen hat sich die Deutsche Volkspartei im Rahmen ihrer vaterländischen Politik für die Förderung des landwirtschaftlichen Berufsstandes eingesetzt. Unter ihrer Führung hat die unerbittliche Erfüllungspolitik einer erfolgreichen nationalen Außenpolitik Platz gemacht. Die Deutsche Volkspartei hat sich mit Erfolg für größte Sparamkeit in der Verwaltung eingesetzt. Die Regierung Stresemann ist gegen sozialistische-kommunistischen Terror in Schulen und Thüringen eingeschritten und hat für Ruhe und Ordnung gesorgt.

In zielbewusster Politik hat sich die Deutsche Volkspartei für die Einführung der freien Wirtschaft eingesetzt und der Landwirtschaft dadurch die Möglichkeit zu neuer Kraftentfaltung gegeben. Der durch die Inflation erneut geschaffene Bedrohung der Landwirtschaft ist durch Schaffung einer festen Währung ein Ende bereitet. Der Reichsausschuß für Landwirtschaft nimmt mit Genugtuung Kenntnis davon, daß die Faktionen der Deutschen Volkspartei alle Anregungen ihrer landwirtschaftlichen Abgeordneten in Fragen der Landwirtschaftspolitik nachdrücklich unterstützt haben.

Die Deutsche Volkspartei ist als erste gegen die unterdrückende Konkurrenz des Auslandes aufgetreten. Sie hat weiter die rechtzeitige Behandlung der Schutzollfrage ebenfalls führend betrieben. Gegen die Erdrückung durch ungerechtfertigte und übermäßige Steuerforderungen hat die Partei erfolgreich Widerstand geleistet und in zahllosen Fällen Erleichterungen durchgesetzt. Ihre Bemühungen um Verringerung des ganzen Steuerherrsens entsprechen den Forderungen der Landwirtschaft. Ihre Grundzüge: Vereinfachung und Gerechtigkeit der Steuern verdienen gleichfalls vollste Billigung. Der Ausschluß begründet es, daß auf Antrag der Deutschen Volkspartei die preussische Grundsteuer zugunsten der kleinen Betriebe nach unten gestaffelt ist und die Berücksichtigung der Weidewirtschaftsbeiträge hauptsächlich ihr zu danken ist.

Die Vorträge der Deutschen Volkspartei, die zinsfreie bei Krediten herabzusetzen und den Forderungen der Landwirtschaft. Die Deutsche Volkspartei hat unter Zurückstellung partei-

14 Punkte zu Stresemanns Außenpolitik.

Ein demokratisches Protokoll.

Unter dem Vorbehalt eines nicht namentlich aufgeführten Ministerialdirektors, der nur im Geiste anwesend war, traten die Chefredakteure der Berliner demokratischen Zeitungen und die Schriftleitung des Vorwärts zusammen und faßten nach kurzer Beratung die demokratische Auffassung über die Stresemannsche Außenpolitik in folgende 14 Punkte allgemeinverständlich zusammen. Die Form der 14 Punkte wurde gewählt in beifolgender Erinnerung an das Jubiläumsgesamgramm, das die demokratische Parteileitung vor fünf Jahren, am 27. November 1918, Wilton dem großen Befreier Deutschlands sandte. Wir veröffentlichen das demokratische Protokoll, das uns ein günstiger Wind auf den Redaktionsstisch geweht hat, ohne Kommentar.

1. Erfolge einer Stresemannschen Außenpolitik gibt es überhaupt nicht.

2. Diese Erfolge sind demokratische Siege.

3. Stresemann hat sie nur durch die-ja-Nege erreicht, die von den Demokraten grundsätzlich abgelehnt werden.

4. Wenn die Demokraten diese Wege oft genug gewandert sind, so handelt es sich um die berühmte „gerade Linie“ der demokratischen Politik.

5. Es gibt überhaupt keinen Außenminister Stresemann.

6. Daß Stresemann trotzdem zur Londoner Konferenz gereist ist, bedeutet eine schwere Verletzung des Reichskanzlers Mars, der aber auch ruhig hätte zu Hause bleiben können, da allein Dr. Wirth der geeignete Mann zur Führung unserer außen- und innenpolitischen Geschäfte ist.

7. Dem hochverehrten Reichskanzler Dr. Wirth hat der demokratische Parteitag in Bremen im Jahre 1921 nach dem Verlust Oberkesslers trotz Annahme des Londoner Ultimatums vor dem ganzen In- und Auslande öffentlich und ausdrücklich bescheinigt, daß er:

- a) kein Staatsmann ist (Professor Dr. Gerland),
- b) Finanzpolitisch völlig verfaßt hat (Dr. Theodor Heuß (Berlin)),
- c) kein Vertrauen im Auslande besitzt (Dr. Theodor Heuß (Berlin)),
- d) dem Auslande gegenüber falsch gehandelt hat (Reichsminister Dr. Koss),
- e) nach dem Fiasco seiner Politik als Reichskanzler nicht weiterleben durfte (Welschior - Hamburg und Staatssekretär Kaufmann - Stuttgart).

8. So haben wir die Erfolge der Gegenwart der völlig gescheiterten Politik Wirths zu verdanken.

9. Deshalb ist es eine erneute und zwar unerträgliche Verletzung des Reichskanzlers Mars, wenn jemand

den Gegensatz der Stresemannschen Befreiungspolitik zur Wirthschen Erfüllungspolitik betont.

10. Ein solcher Gegensatz besteht nicht.

11. Wenn Sozialdemokraten, Demokraten und Wirthianer für bedingungslose Annahme des Dawes-Guthachten und gegen eine Erörterung des Ruhrproblems in London waren, die Frage der Ruhrdrückung aber dennoch von dem Außenminister Dr. Stresemann mit dem bekannten Erfolge zur Sprache gebracht wurde, so liegt ein verhängnisvolles Spiel des volksparteiischen Außenministers vor, das ein Sieg der demokratischen Politik ist.

12. Reichsbankpräsident Schacht, der als einziger Demokrat in London war, ist im kritischen Augenblick der Konferenz so weit gegangen, die Abreise der deutschen Delegation zu fordern. Dann wäre die Londoner Konferenz gesprengt worden. Der demokratische Vorbehalt scheiterte jedoch an dem energischen Widerstand des volksparteiischen Außenministers Dr. Stresemann, der somit die volle Verantwortung für die Politik des demokratischen Reichsbankpräsidenten Schacht in London trägt.

13. (Die Höhe 13.) Die Annahme des Dawes-Guthachten durch den Reichstag war eine Lebensfrage für das deutsche Volk. Zu erreichen war sie nur mit Hilfe deutschnationaler Stimmen. Die Annahme mußte auch im August erfolgen, da die Londoner Konferenz nach einer Ablehnung des Guthachten durch den Reichstag oder seiner vorzeitigen Auflösung im August nicht mehr zusammengetreten wäre. Die Deutsche Volkspartei hat also in verhängnisvoller Weise die Interessen des Reiches verraten und die Politik des Reichskanzlers Dr. Mars durchkreuzt, als sie durch ihre Verhandlungen mit den Deutschnationalen die Annahme des Dawes-Guthachten dennoch erreichte und den Reichskanzler Mars in den Stand setzte, den Schlußakt unter die Londoner Verhandlungen zu setzen.

14. Wenn Außenminister Dr. Stresemann von diesem Protokoll durch die Veröffentlichung der Nationalliberalen Korrespondenz zum ersten Male etwas erfährt, trägt er gleichwohl die volle Verantwortung für die Inbetrachtung der Nationalliberalen Korrespondenz. Gabe es keinen Außenminister Dr. Stresemann, so würde das Protokoll überhaupt nicht aufgesetzt worden sein. Dr. Stresemann bleibt der erfolgreiche Außenminister seiner erfolgreichen Politik, weshalb wir ihn von Reichswegen nach wie vor bekämpfen. Vossische Zeitung; ges. Georg Bernhardt. Berliner Tageblatt; ges. Theodor Wolff. Vorwärts; ges. sämtliche Mitglieber der Redaktion. Berliner Börsen-Courier; bescheiden.

politischer Bedenken sachliche Mitarbeit in der Regierung geleistet. Die Vorwürfe wegen Beteiligung an der „Großen Koalition“ in Preußen verschweigen das Wesentliche. Denn ein Ausschleichen der D. V. P. hätte eine ausgesprochene Linksmehrheit unter Führung der Sozialdemokraten mit Zentrum und Demokraten herbeigeführt. Der Reichsausschuß erblickt hiernach in der bisherigen Politik der D. V. P. die Gewähr für eine erfolgreiche und tatkräftige Agrarpolitik auch in den neu zu wählenden Parlamenten.

Der neu zu wählende Reichstag muß endlich dazu kommen, die wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik im Sinne der freien Entfaltung aller produktiven Kräfte und des Schutzes der nationalen Arbeit zu entscheiden. Dazu brauchen wir eine dauerhafte bürgerliche Regierung. Die seitherigen Regierungen müssen durch klare Mehrheitsverhältnisse unumgänglich gemacht werden. Alle wertvollen parlamentarischen Kräfte müssen zur Mitarbeit herangezogen werden. Dafür bietet die beste Gewähr die Stärkung der Deutschen Volkspartei.

Der gewerbliche Mittelstand.

Wählt keine der kleinen Sonderparteien.

Die „Deutsche Freiheit“, ein angesehenes Organ des Einzelhandels, schreibt in Nr. 45 vom 8. 11. 1924 über den Sinn der Wahlen:

„Für den deutschen Einzelhandel und insbesondere den Lebensmittel-Einzelhandel muß der bevorstehende politische Entscheidungslampf den Erfolg haben, daß der Geist des Staatssozialismus, der heute noch in starkem Maße arbeitgeberlich verankert ist, endgültig aus der deutschen Politik und der gesellschaftlichen Arbeit ausgemergelt wird. Will darum der deutsche Handwerker, der deutsche Kaufmann, der Mann der gewerblichen Arbeit überhaupt, mit seiner Stimmabgabe bei der bevorstehenden Wahl seinem Vaterlande und damit auch seinen wohlverstandenen eigenen Berufsinteressen dienen, so wird er auch weiterhin der parteipolitischen Verschüttelung Rechnung tragen dürfen. Es gilt vielmehr, den Spaltwahlen die Gefolgschaft zu verweigern, den kleinen Parteien und politischen Sonderströmungen den Todesstoß zu versetzen, indem man den großen bürgerlichen Parteien zum Wahlsiege verhilft.“

Es ist erfreulich, daß die einschlägigen Kreise des Mittelstandes mit dieser Deutlichkeit das Vorhaben der Wirtschaftspartei und anderer erfolgloser Gründungen verurteilen. In der Tat müssen in dem neuen Reichstag klare Mehrheitsverhältnisse geschaffen werden, die allein eine sachliche politische Arbeit ermöglichen.

Für christliche Kultur und Lebensgestaltung tritt ein

die Deutsche Volkspartei.

Die Zeppelintank in Washington.

Newport, 26. Nov. Die Landung des Luftschiffes in Washington war schwierig und konnte erst mit zweiwöchiger Verspätung vollzogen werden. Nachdem das Seilum ausgelegt war, stand Kapitän Klemm mit seinen Mannschaften der amerikanischen Besatzung zur Verfügung und übte mit seiner ganzen Erfahrung das Kommando aus, obwohl er es offiziell nicht innehatte. Seine Leistung wurde von den Amerikanern an Bord hoch anerkannt. Sofort nach der Landung wurde in Gegenwart einer vielköpfigen Kommission die Tanne durch die Gemahlin Coolidges vollzogen. Sie zog an einer Schnur an der Kajüte des Luftschiffes. Darauf öffnete sich am vorderen Teil eine Luke, aus der ein Taubenschwarm herausflog. An den Füßen der Tiere war die bekannte Weihnachtsschokolade festgebunden. Frau Coolidge sagte: „Ich taufe dich „Los Angeles“. Coolidge, der mit zahlreicher Begleitung erschienen war, hielt keine Rede. Das diplomatische Corps war bei der Landung vollständig erschienen. Die Zahl der Zuschauer war ungeheuer. Sofort nach der Lande flog das Luftschiff kurz nach 5 Uhr amerikanischer Zeit nach Lakehurst zurück. Während das Wetter tagsüber schön war, hatte kurz vor der Landung ein starker Wind eingesetzt, der die Landung verspätete. Um 7 1/2 Uhr traf das Schiff in Lakehurst ein.

75jähriges Bestehen des B. Z. B.

w. Berlin, 26. Nov. Heute feierte das Volks-Telegraphen-Büro das 75jährige Bestehen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats Dr. Pau Schwaab begrüßte die zahlreichen Gäste und besonders die bedeutenden Vertreter und dankte ihnen für ihr Erscheinen. Im Namen der Gäste dankte Dr. Stresemann für die Einladung. Er würdigte die Bedeutung des B. Z. B. für den Nachrichtendienst im Inlande und Auslande und wünschte dem Unternehmen im Zusammenhang mit dem Aufschwunge der Entwicklung unseres Volkes und Reiches eine glückliche Entwicklung in der Zukunft.

Kunst und Wissen.

Lautenabend — Robert Rothe.

Offenbüchle Lautenfinger gibt allmählich eine stattliche Zahl. Robert Rothe ist in Deutschland ein Star. Altmeyer dieser Kunst und wird als solcher auch gebührend verehrt. Auf dem Gebiete der Lautenliteratur nehmen seine Sammlungen breiten Raum ein und sind ebenso wertvoll durch die Auswahl und Bearbeitung aller Texte und Weisen, wie durch einen großen Teil eigener Dichtungen und Kompositionen. Die 21. Viehfolge, die Rothe seinem dieswöchentlichen Vortragsabend zu Grunde legte, ist nicht gerade seine beste. Eine ge-

wisse Gleichförmigkeit der melodischen Linie macht sich bei zahlreichen Nummern bemerkbar, die musikalische Erfindung, die uns schon viel Schönes bescherte, ist hier etwas lahm, an besonderer Eigenart fehlt und an lebendigem Wechsel der gefangenen Durchführung. Einzelnelieder waren dennoch sehr anmutig.

Durch den Zwiespaß, in dem dies Engelhardt gesungen und stimmlich fundiert, lassen sich naturgemäß weit reichere Wirkungen erzielen, schon der stimmliche Wechsel an sich bedeutet eine Belebung. Ein altes Stückenlied gefiel neben den netten Schellenliedern in diesem Rahmen am besten. An Rothe wie seiner Partnerin bleibt immer die ästhetisch-feine, zurückhaltende Vortragart zu rühmen, die ihnen stets herzlich Beifall der Zuhörer einbringt.

Bei Lautenabenden tritt die attische Mißgunst des großen Stadtparksaales besonders lebend in Erscheinung, schon in der zweiten Zuhörerreihe sind die Begleitakkorde nur schwer noch zu erfassen. Der kleinere Saal ist für solche Veranstaltungen empfehlenswerter.

Dr. Schwermann.

Aus den Provinzen.

W. Duisburg, 26. Nov. Neuerung im Produktionsprozeß. Die Hütte Wulff hat als erstes hiesiges Werk eine Neuerung im Hochofenbetrieb eingeführt. Es handelt sich um einen neuen Aufzug zur Befüllung des Hochofens, die sogenannte Horkonzalbefüllung. Gleichzeitig wurde der Hochofen 3 der Hütte angeblasen.

W. Elberfeld, 26. Nov. Verhaftung eines Hochstaplers. Unter dem Verdacht des Betruges und Diebstahls wurde von der Elberfelder Kriminalpolizei der Freiher Herr von Reichdori festgenommen, der sich in hiesigen politischen Vereinigungen zum Teil erhebliche Unterstützungsbeträge erschwindelt hat. Zur Legitimation dient ihm ein angeblicher Briefwechsel mit hochgestellten Persönlichkeiten der gegenwärtigen und früheren Regierungen. Wie sich nun herausstellte, ist der „Freiherr“ in Wirklichkeit ein Gärtner aus Pforzheim namens Karl Engel.

W. Krefeld, 26. Nov. Töblicher Straßenbahnunfall. Im Vorort Rodum sind beim Gleichwechsel zwei Straßenbahntriebwagen aufeinandergefahren. Einer der Wagen wurde aus dem Gleise gedrückt und lief neben dem Gleise weiter. Als ein auf dem Vorüberflur stehender Fahrgast abspringen wollte, geriet er zwischen einen Baum und den nachdrängenden Wagen, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er kurze Zeit darauf starb.

W. Dinslaken, 26. Nov. Ein Rottling. In der Kolonie Lohberg schlug ein Bergmann seine Frau bis ins blutüberströmte und blutige liegen. Auf das Hilfeschrei der Mitbewohner herbeigelaufen, doch waren benachrichtigten die Polizei, welche die Frau ins Krankenhaus brachte, wo der Arzt eine schwere Gehirnverletzung feststellte. Der Rottling wurde verhaftet.

Letzte Handelsnachrichten.

Badumer Bauindustrie A.-G. Die Badumer Bauindustrie A.-G. hat sich am 26. Nov. in ihrer letzten außerordentlichen Hauptversammlung einstimmig die vorerlegte Bilanz und den Bericht der Verwaltung der Papiermarkt-Aktien auf den Goldwert von 20 Mark bei einer Zusammenlegung von 40:1. Gleichzeitig wurde die Erhöhung des Aktienkapitals von 20 000 auf 40 000 Goldmark beschlossen. Die neuen Aktien sollen den bisherigen Aktionären zum Pariverteil ausbezahlt werden. Das Bezugsrecht ist nach dem Beschluß des Aufsichtsrates bis 31. Dezember d. J. auszuüben. In Anbetracht der erheblichen Verkleinerung des Landbesitzes an der Badumer Bauindustrie wurde Landrat Stühmgen neu in der Aufsichtsrat gewählt. Direktor Weismann erstattete einen beifällig aufgenommenen Bericht über seine Tätigkeit. Man rechnet zum Frühjahr mit einer Verkleinerung der Bautätigkeit. Aus der Debatte ist die Bemerkung hervorzuheben, daß der Bestand an Anektionen im hiesigen Bezirk, der sich im Sommer vorigen Jahres noch auf 70 Millionen Stück belief, inzwischen auf 7 Millionen Stück zusammengeschmolzen ist. Auf jeden Fall rechnet man in den Kreisen der Bauindustrie mit einer starken Verkleinerung der Bautätigkeit schon in nächster Zeit. Ansofern bilden die beiden Anektionen, über die die Badumer Bauindustrie A.-G. verfügt, eine nicht zu unterschätzende Grundlage für die weitere Entwicklung.

Letzte Drahtmeldungen.

Belgien will auf die 26 prozentige Reparationsabgabe verzichten.

TV. Köln, 26. Nov. Wie die „Kölnische Zeitung“ von halbamtlicher Seite erfährt, beabsichtigt die belgische Regierung, auf die 26 prozentige Reparationsabgabe von der deutschen Einfuhr zu verzichten.

Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

W. London, 26. Nov. Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen nehmen einen befriedigenden Verlauf. Sie werden voraussichtlich Ende dieser Woche zum Abschluß kommen. Ueber die wichtigsten Punkte ist eine Uebereinstimmung erzielt worden. Meinungsverschiedenheiten bestehen noch über die praktische Behandlung der 26 prozentigen Reparationsabgabe.

Gestörte sozialdemokratische Wahlversammlung.

W. Krefeld, 26. Nov. Als gestern Abend die Sozialdemokratische Partei hier eine Wahlversammlung abhielt, brach eine große Sprengladung arbeitsloser Schindlaffen unter Führung des aus der Separatzeitung bekannten Alfons Wallraf in den Saal und belegte das Podium. Es kam darauf zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den anwesenden Reichsbankverweirern und den Einberuflingen und zu einer wilden Schlägerei, wobei u. a. die Abgeordneten Labor und Laberenz sowie der Redakteur der sozialdemokratischen „Niederberrischen“

Vollstribüne“ Ziel, verletzt wurden. Schließlich wurden die Eindringlinge vom Podium entfernt. Als der Landtagsabgeordnete Meier-Söllingen zu sprechen begann, brach an der Spitze einer von Wallraf angeführten Kolonne, belgische Gendarmen in den Saal und unterdrückte die anwesenden Abgeordneten und die Reichsbankverweirer nach Willen. Der Abgeordnete Labor forderte fruchtlos, seines Hausrechts die anwesenden Schindlaffen und Separatisten auf, den Saal zu verlassen, worauf es zu einem neuen Tumult kam, so daß die Versammlung geschlossen wurde. Die Räumung des Saales erfolgte unter Aufsicht von belgischen Beamten in Ruhe.

Das Urteil im Infanterieprozess.

W. Leipzig, 26. Nov. Das Urteil gegen Weizsäcker lautet auf 2 1/2 Jahre Festungshaft und 1000 M. Geldstrafe. 6 Monate Freiheitsstrafe und die Geldstrafe gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Eine Botchaft aus China an Westeuropa.

TV. Paris, 26. Nov. Die chinesische Gesandtschaft veröffentlicht nachstehende Botchaft des Marschalls Yuan Shikai, die an die Westmächte Europas gerichtet ist: Das chinesische Volk hat, nachdem es sich darüber Rechenenschaft ablegte, daß Präsident Tiao Jen und Marschall Wu Peifu durch ihre engstirnige ehrgeizige Militärpolitik das Land dem Verderben entgegenführten, die Regierung in Telegrammen und Bittschriften ersucht, wenn auch nur vorübergehend, die Geschäfte zur Wiederherstellung der Ordnung zu übernehmen. Im Einverständnis mit Marschall Tchangschin und General Feng, sowie Sun-Yat-Sen und General Tschengming beabsichtigen wir, eine Reform durchzuführen, die in erster Linie auf die Wahrung der Militärdisziplin, Vermindeung der Truppengröße und völlige Abkündigung der entlassenen Soldaten abzielt. In finanzieller Hinsicht gebeten wir die Tilgung der in- und ausländischen Schulden vorzunehmen. Hinsichtlich unserer Beziehungen zu den auswärtigen Mächten werden wir die abgeschlossenen Verträge achten.

Die nordamerikanischen Entschädigungsansprüche an Deutschland.

W. Washington, 26. Nov. Die gemischte Kommission für die amerikanischen Entschädigungsansprüche hat in 62 Fällen auf Aufschüßlungen, in 167 Fällen auf Abweisung erkannt. Der Standard Oil Company von New Jersey wurde die Summe von 6 250 000 Dollar einschließlich der Zinszahlungen zuerkannt.

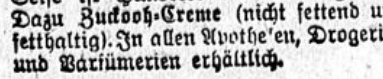
Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton und Handel: Dr. H. Riebel; für Volkes, Sport und Letzte Nachrichten: Ernst Senke; für Provinziales, den übrigen Textteil und Unterhaltungsbeilagen: Emil Schwind; für Anzeigen und Reklamen: Emil Willrich, sämtlich in Bochum.

Rottstr. 8-10 Fernsprecher 244.

kaufen können?

Hoffmann'sches Konservatorium
Kortumstr. 18 Bochum Fernruf 3049

Zu haben bei
Emil Traß Nachf.
Bochum, Am Wilhelmsplatz.



Life 5

Der Vorstand.

Erläuterung

Nr. 211

Der Reichstag

TU. Berlin.
rium teilt mit,
In der he-
den dem Re-
haltzentrums
find, ein wöl-
nanglagende
mitgeteilt, da-
Reichsinange-
als 2½ Mil-
Jedem A-
auffassen, das
aus dem Gef-
Rückstüsse a-
fann. Der R-
fleinen Aus-
gegriffen, nän-
nungsvermältn-
men aus 30
Steuerüberne-
heranischlagt
Haushaltspla-
etats der ein-
len, unberück-
gabenetats im
lichtigt. Das
im ordentliche
amar ausgelei-
gegen ein De-
tet, daß die V-
über dem Vor-
Reichsmark he-
gefördert wer-
reinen Reichs-
sollen. Dies
handelt sich u-
sten für Besor-
licher Reichs-
Verbrauchs-
schale von 300
heurt darin,
eines Hausho-
sen werden r-
bungsausgabe
teit werden V-
Goldmark stiel-
soldungserschö-
nungspfeidun-
Pensfrüere, S-
eine künftige E-
halten.

Der Reichstag

Noch keine
Essen,
breiteite Nachr-
spruch abgese-
hat bisher no-
einem ablehne-
Vergar bei
zeitserkl-

Nachricht

Saarbrücken.
heute abend in
früh nach Sa-
TU. Berlin.
Itiner Lokal-An-
redung mit vo-
darauf, mitau-
Arrendissem-
von einigen Fr-
Eine Wiederer-
Cassel, 27.
nachmittags ge-
Im Bahnhof
Bekannten be-
eine zahlreich-
äsident Dr. E-
der er den G-
hieß und im-
gung, daß d-
spruch sei, W-
begrußt wur-
nach Wilhelm-

8

TU. Paris.
Generals von
Mittellung von
General gestel-
te Le überbr-
der General v-
und zwei Pol-
staß abgeschot-
warteten bis z-
sich alsdann

Dr. S.

TU. Berlin.
von Rathshaus
außenminister
gegangen:
Wie nun
rierung entlich
geben. Wenn
des Generals
hoch eine Gen-
als möglich
werden konnt-
inzwischen